Gemeinderat von Zürich

Bürgerliche Abteilung

Postulat

von Martin Burger (SVP) und Mauro Tuena (SVP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie vermieden werden kann, dass wegen Lücken im Erfassungssystem Erwachsene und Jugendliche eingebürgert werden, obwohl sie erhebliche Straftaten begangen haben.

Begründung:

Gemäss Pressemeldung (NZZ vom 10.08.2004) wurde das kantonale Gemeindeamt durch die Jugendanwaltschaft darauf hingewiesen, dass ein Jugendlicher trotz erheblicher Straftaten im Rahmen einer Familien-Einbürgerung den Schweizer Pass erhielt. Bei Erwachsenen stellt sich das Problem, weil nach bisheriger Praxis nur zu Beginn des Einbürgerungsverfahrens abgeklärt wird, ob gegen einen Gesuchsteller ein Strafverfahren läuft. Weil sich aber das Einbürgerungsverfahren über einen längeren Zeitraum erstreckt, kann im Zeitpunkt der Erteilung des Bürgerrechts der strafrechtliche Leumund nicht mehr aktuell sein.

1 TEmy